

Wahlprüfsteine BSB FK 2021

Unterversorgung von Sport- und Schwimm- Flächen in Friedrichshain-Kreuzberg

SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	
1. In welcher Form werden Sie das Anliegen der bezirklichen Sportvereine unterstützen, das Regenrückhaltebecken am Columbiadamm/Lilienthalstraße für den organisierten Sport zu sichern?	Die SPD ist die einzige Partei, die sich sehr klar, ohne Abstriche und eindeutig hinter das Anliegen der Sportvereine gestellt hat. Unsere Position ist seit 10 Jahren unverändert. Wir lehnen Wohnungsbau auf diesem Areal genau so entschieden ab wie die Verlagerung der Kleingartenanlage oder die Verstetigung der derzeitigen Zwischennutzung.	In den letzten Jahren hat sich das Sportverhalten vieler Bürger*innen des Bezirks verändert und das muss auch Auswirkungen auf zukünftige Sport- und Bewegungsflächen haben. Im Bezirk Friedrichshain Kreuzberg gibt es überwiegend Fußballplätze. Um aber der Vielfalt des Sportverhaltens nachzukommen müssen andere Sport- und Bewegungsflächen für andere Sportarten verwirklicht werden.. Wir wollen ökologische, nachhaltige und multifunktionale ,inklusive Sportflächen. Außerdem müssen beim Regenrückhaltebecken die Sportflächen die Besonderheit des Regenrückhaltebeckens als Stadtbiotop und die ökologischen Besonderheiten Berücksichtigung finden und spielen eine zentrale Rolle. Funktionierende Sportsstätten sind eine Grundvoraussetzung um Sport treiben zu können und das organisiert im Sportverein oder ganz individuell. Dafür bietet unser Bezirk vielfältige Möglichkeiten wie Skateanlagen, Basketballkörbe auf Schulhöfen, Laufstrecken oder Tischtennisplatten in Parks. Diese Angebote wollen wir ausbauen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Sportinfrastruktur ein, die sich an den Interessen der Bürger*innen orientiert.	Als Freie Demokraten sind wir überzeugt davon, dass das Gelände des Regenrückhaltebeckens geeignet ist für eine Kombination aus Wohnbebauung und Sportflächen. Berlin braucht sowohl Wohnungsbau als auch Sportflächen sehr dringend. Intelligente Stadtentwicklung und Architektur sowie ein rücksichtsvoller Umgang miteinander (beispielsweise die Einhaltung von nächtlichen Ruhezeiten usw.) erlauben in unseren Augen eine Kombination. Das Vorhaben der degewo ist in unseren Augen eine gute Basis, auf die aufgebaut werden kann. Eine transparente Planung von Beginn an kann Konflikte entschärfen. Obligatorisch ist dabei, die Expertise der ansässigen Sportverbände einzubeziehen.
SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	
2. Sind Sie für das Wiederbeleben des Baerwaldbades als Schwimmhalle in Kreuzberg? Wenn ja, in welcher Form werden Sie das Anliegen der bezirklichen Schwimmvertreter*innen unterstützen, das Baerwaldbad wieder zu 100% als Wasserfläche für die Nutzung der Sportvereine und Bürger*innen des Bezirkes nutzbar werden zu lassen?	Zu diesem Ziel haben sich alle in der BVV vertretenen Fraktionen bekannt, natürlich und insbesondere die SPD. Im Bezirksamt hat es der SPD-Sportstadtrat Hehmke geschafft, die gerichtlichen Auseinandersetzungen gegen den TSB als Erbbaupächter zum Ende zu führen (Urteil ist rechtskräftig), das Bad vollständig von Müll zu beräumen und es erst einmal zu sichern. Darüber hinaus gibt es ein aussagekräftiges Bausubstanzgutachten und eine belastbare Zahl zum Finanzierungsbedarf. Die Entscheidung, was mit dem Baerwaldbad passiert, kann der Bezirk nicht allein treffen. Der Berliner Senat hat sich bisher leider nicht dazu bekannt, das Baerwaldbad zum Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu machen. Daher kommt es darauf an, dass der Bezirk den Druck auf die Landesebene aufrecht erhält, auch nach der Wahl, zusammen mit den Vereinen und den Bewohner:innen. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg ist dazu bereit.	Als Bezirk und als Grüne haben wir das Ziel das das Baerwaldbad wieder zu 100% den Bürger*innen, den Schulen und den Vereinen zur Verfügung stehen. Da wir als Bezirk nicht die notwendigen Finanzmittel haben kann eine Sanierung nur durch das Land erfolgen. Danach müssen die Berliner Bäderbetriebe das Bad übernehmen. Deshalb ist jetzt das Land Berlin in der Pflicht.	Wir befürworten dringend die Wiederbelegung des Baerwaldbads. Mit Schwimmflächen ist der Bezirk Friedrichshain Kreuzberg extrem unterversorgt, momentan gibt es sogar keine einzige geöffnete Schwimmhalle. Glücklicherweise gibt es nun wenigstens bald das Provisorium auf dem Gelände des Prinzenbads. Bezüglich des Baerwaldbads haben wir jedoch feststellen müssen, dass Bezirk und Land mit der Wiedereröffnung überfordert sind. Die Verantwortung wird von einer Stelle auf die andere geschoben, und das Bad bleibt weiterhin geschlossen und unsaniert. Das hilft niemandem. Wir setzen uns daher dafür ein, die Schwimmflächen und zugehörigen, weitläufigen weiteren Räume und Wohnungen unter konkreten Auflagen in Erbbaupacht an Interessierte zu vergeben. Diese Vergabe würden wir an die Verpflichtung knüpfen, beide Schwimmbäder in ausreichender und geeigneter Weise sowohl für das Schul- als auch für Vereinsschwimmen zur Verfügung zu stellen. Zudem muss gewährleistet werden, dass in einem noch zu bestimmenden Umfang auch privates, bzw.

			vereinsungebundenes Schwimmen möglich ist. Im Gegenzug möchten wir den Betreibern erlauben, die zugehörigen Hinterräume zum Zweck der Querfinanzierung zu nutzen, etwa zur Vermietung als Ateliers, Werkstätten und an Sportstudios
3. Welche innovativen Projekte planen Sie in unserem an Sportflächen unterversorgten Bezirk voranzutreiben um mehr Versorgungsmöglichkeiten zu schaffen?	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Die SPD wird im Bezirksamt den Neubau von Sporthallen im Rahmen der Schulbauoffensive vorantreiben. Diese gedeckten Sportflächen werden auch den Vereinen zur Verfügung stehen. Es gibt einige neue Ansätze. So haben wir erreicht, dass im künftigen Exilmuseum am Anhalter Bahnhof ein Sportfunktionsbereich integriert wird. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme zusätzlicher ungedeckter Sportflächen wird sich auf einige Schulgrundstücke erweitern sowie - langfristig - auf das Regenrückhaltebecken. Auch die Sanierung der gedeckten und ungedeckten Sportflächen hat für uns eine hohe Priorität, um die Bedingungen für den organisierten Sport zu verbessern.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Ein Beispiel für innovative Projekte sind die Sportflächen auf dem Metro Dach und auf dem Hellweg Baumarkt. Es müssen neue Wege gegangen werden. Allerdings sind wir realistisch das es z.B. in Kreuzberg keine Flächen mehr gibt für Fußballplätze. Außerdem hat sich in den letzten Jahren das Sportverhalten der Bürger*innen verändert. Deshalb gilt es weg vom herkömmlichen Sportplatz insbesondere von reinen Fußballplätzen und mehr Bewegungsräume für Trendsportarten die wenig Fläche beanspruchen. Dazu können bei größeren Bauvorhaben die Bauherren dazu verpflichtet werden Bewegungsräume mitzudenken. Wir wollen jeden Standort als Sport Bewegungsfläche für alle Menschen entwickeln. Schulsportanlagen, Schulhöfe und Bolzplätze sollen um zusätzliche Bewegungsangebote erweitert werden und außerhalb der Schulzeiten allen interessierten Bürger*innen des Bezirks offen stehen.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Ein Vorbild ist für uns der Sportplatz auf dem Metrodach. Hier haben wir im Bezirk noch viele weitere Potentialflächen. Dazu kann und sollte der Bezirk Kooperationen etwa auch mit Unternehmen und nicht-städtischen Organisationen schließen. Zudem muss bei Schulneubauten oder Schulbauten grundsätzlich mit mehrstöckigen Hallen geplant werden. Die pragmatische Nutzung von Schulflächen nach Schulschluss muss außerdem vereinfacht werden, etwa durch digitale Vergabeportale. Wir wollen neue Sportplätze schaffen, welche sowohl für den Vereinssport als auch für den unbeaufsichtigten Individualsport genutzt werden können. Auf dem Dragonerareal etwa wollen wir eine Schule mit angeschlossener Turnhalle bauen; diese kann sogar mehrstöckig gebaut werden. Allerdings hat die grün-rot-rote Mehrheit im Bezirk dieses Vorhaben bislang verhindert.</p>
4. Durch welche Aktivitäten werden Sie den Vereinssport darin unterstützen, schulische Mehrzweckräume für den Vereinssport nach Schulschluss nutzbar zu machen?	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Solche Vorhaben erfordern immer eine personelle Untersetzung. Richtig ist, dass die räumlichen Ressourcen von Schulen den Vereinen noch stärker zugänglich gemacht werden müssen. Dazu gehört aber auch mehr Personal, was diese Nutzungen beaufsichtigt und ermöglicht. Auch durch Umbauarbeiten an einigen Schulsporthallen könnten Vereine stärker als bisher und ohne zusätzliches Personal die Hallen nutzen. Dies wird geprüft und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Es gibt eine Konkurrenz um Räume in den Schulen. Wir Grüene setzen uns dafür ein das die Bürger*innen die Räume in den Schulen für soziale, kulturelle und sportliche Nutzung zur Verfügung gestellt bekommen. Die Schulen müssen sich in den Kiez öffnen und dazu gehört auch eine Zusammenarbeit mit Sportvereinen.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Das größte Problem bezüglich der Nutzung von Schulflächen stellt in unseren Augen die Zugänglichkeit dar. Oft sind in den Abendstunden sportlich nutzbare Flächen in den Schulen leer, doch es sind keine Verantwortlichen mehr vor Ort, die auf- und zuschließen können. Hier könnte die Umstellung auf digitale Schließanlagen möglicherweise Abhilfe schaffen. Auf Landesebene wollen wir ein Onlineportal für die Nutzung von Sportanlagen einrichten und Schulhöfe und Sportanlagen auch außerhalb der Schulzeiten für sportliche Aktivitäten zur Verfügung stellen. Wir wollen ebenso die Voraussetzungen verbessern, um das Maifeld häufiger zu nutzen.</p>
5. a) Sport lebt von Begeisterung und damit auch von Fankultur. Durch welche Maßnahmen werden Sie den Bau einer wettkampfgeeigneten Multifunktions-Sporthalle in Friedrichshain-Kreuzberg mit mehr als 1000 Tribünenplätzen vorantreiben?	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Wir haben bspw. versucht, bei dem neuen Sporthallenstandort in der Fredersdorfer Straße zumindest eine Tribüne mit 199 Plätzen in einer Dreifeldhalle einzubauen. Dieses Vorhaben ist daran gescheitert, dass es die Schulbauoffensive bislang ausschließt, sportfachliche Bedarfe zusätzlich zu den schulfachlichen zu berücksichtigen. Wir werden diese Diskussion aber weiterführen, da in unserem hochverdichteten Bezirk, die wenigen Potentialflächen kreativ und abseits der bisherigen Fördersystematik erschlossen werden müssen.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Im Land Berlin gelten Richtlinien beim Bau von Sporthallen mit Tribünen. Darin ist genau festgelegt wann Tribünen mitgebaut werden. Wir haben in Friedrichshain Kreuzberg nicht die Flächen für eine derartige Sporthalle. Wir würden in Zukunft Vereinsvertreter*innen in die Planung miteinbeziehen wenn sie nach ökologischen Kriterien und nachhaltig agieren.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Momentan sehen wir im Bezirk keine räumlichen und finanziellen Kapazitäten, diese von Ihnen beschriebene Halle zu errichten. Für Ideen zur Umsetzung sind wir aber jederzeit offen.</p>

	SPD
5. b) Erklären Sie sich bereit, im Bauprozess die verantwortlichen Stellen anzuweisen, die Expertise ausgewählter, auch bezirklicher Sportvereinsvertreter*innen bei der Auswahl von Hallenböden heranzuziehen?	Der BSB wird bei der Aufstellung des Bedarfsprogramms bzw. bei der Auslobung des Architekturwettbewerbs einbezogen. Dies soll aber auch andere Standorte als den Ostbahnhof betreffen.
	SPD
6. Die Berliner Gewerbemieten werden für Vereinsräume unerschwinglich, bezirkliche Flächen sind rar. Wie werden Sie zu Lösungen beitragen, um Sportvereinen das Mieten von Gewerberäumen für sportliche Aktivitäten zu erschwinglichen Konditionen zu ermöglichen oder weitere eigene Flächen zur Verfügung zu stellen?	Das derzeit geltende Gewerbemietrecht macht politische Eingriffe zur Steuerung der Mieten nahezu unmöglich. Der Schlüssel liegt auf der Bundesebene. Dort muss das Gewerbemietrecht verändert werden, zu Gunsten der Handlungsfähigkeit der Kommunen. Die Debatte um den Mietendeckel hat es gezeigt. Ob das Gewerbemietrecht geändert wird, ist abhängig von der künftigen Regierungskoalition auf Bundesebene. Die SPD ist auf jeden Fall für eine stärkere Regulierung und mehr Schutz für gewerbliche Mieter:innen.
	SPD
7. Sind Sie für Mieterstattungen für Geschäftsräume von Sportverbänden und Sportvereinen?	Der Bezirkssportbund ist in der glücklichen Situation seine Geschäftsstelle in bezirkseigenem Haus des Sports zu haben. Viele Vereine im Bezirk müssen für Ihre Sport und Geschäftsstellen auf gewerbliche Flächen ausweichen; Mietsteigerungen sind vorprogrammiert. Um diesen Unwesen in Form von exorbitanten Steigerungen nachhaltig Einhalt gebieten zu können, benötigen wir ein starkes Gewerbemietrecht auf Bundesebene (siehe Frage 6). Das Problem gibt es überall. Die öffentliche Hand ist nicht in der Lage, die immer höheren Forderungen der Vermieter auszugleichen durch höhere Zuschüsse, an Sportvereine, Wohlfahrtsorganisationen, Kinderläden, etc. Gesetzliche Regulierung kostet den Staat nichts, schützt aber die Mieter:innen am besten.

	Bündnis 90/Die Grünen
	In den letzten Jahren waren vor allem private Sportanbieter wie Tanz und Karateschulen von Verdrängung betroffen. Deshalb gilt es sich auf Bundesebene dafür einzusetzen das es eine Mietpreisbremse für Gewerberäume gibt. Außerdem können beim Bau von Schulsporthallen und neuen Schulen Büroräume für Sportvereine mitgeplant werden.
	Bündnis 90/Die Grünen
	Nein.

	FDP
	Bereits bei mehreren Sanierungen von Sportplätzen ist an uns herangetragen worden, dass vom Bezirk nicht die geeigneten Bodenbeläge ausgewählt wurden. Selbstverständlich muss sich das ändern, und dafür nehmen wir sehr gerne die Expertise bezirklicher Vereinssportvertreter*innen an!
	FDP
	Wir verweisen auf Frage 3.
	FDP
	Platz im Bezirk ist insgesamt rar, da geht es in erster Linie darum, überhaupt Raum zu finden. Hier regen wir zum einen an, auch Kooperationen und Partnerschaften zwischen den Vereinen sowie mit Unternehmen und weiteren Organisationen zu bilden. Zum anderen halten wir es für sinnvoll, im Rahmen von Neubauprojekten eine gewisse Anzahl von Räumlichkeiten für ehrenamtliche Tätigkeiten zu verhandeln. Oft wird das von den Vorhabenträgern auch schon vorgeschlagen. Eine Mieterstattung halten wir im Sinne des Gleichbehandlungsgebots für schwierig. Es gibt über 200 Vereine im Bezirk Friedrichshain- Kreuzberg, von denen jeder für sich eine relevante Tätigkeit für die Gesellschaft ausübt. Eine Mieterstattung für alle ist finanziell nicht darstellbar.

<p>8. Wo sehen Sie politische Möglichkeiten, Sportvereinen den Erwerb von vereinseigenen Räumen zu erleichtern?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>In unserem hochverdichteten Bezirk, wo wir schon fast verzweifelt um die letzten Sportflächen kämpfen, wäre der Erwerb von Grundstücken so teuer, dass bereits bestehende Förderprogramme auf Landesebene nur wenig beitragen würden. Sollte aber tatsächlich der Fall eintreten, würden wir den kommunalen Erwerb mit einer Sportbindung bevorzugen, auch, um die vielfältigen Anforderungen unterschiedlichster NutzerInnengruppen gerechter werden zu können. Zusätzlich verkauft das Land Berlin seit Geltung der neuen Liegenschaftspolitik keine Flächen mehr, auch nicht für gemeinnützige Zwecke. Möglich sind ggf. Erbbaurechtsverträge. Diese Fragen gehören auf die Landesebene. Sollte es solche Vorhaben geben, die private Flächen betreffen, können wir beraten und mit der Senatsverwaltung sprechen. Ein Erbbaurecht für öffentliche Sportflächen sehen wir im Bezirk derzeit nicht.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Um der Raumnot entgegenzuwirken wollen wir ein Raumnutzungskonzept von öffentlichen und privaten Räumlichkeiten durch das Bezirksamt, in dem mögliche auch temporäre - Raumnutzungen durch Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche verzeichnet sind und Zugänge geschaffen werden.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Unserer Erfahrung nach suchen Bauvorhabenträger oft nach einem Anker im Kiez. Sie möchten sich lokal einbringen und dem Kiez auch etwas zurückgeben. Sie können Räume oder auch finanzielle Unterstützung bereitstellen. Hier können Vereine, eventuell auch mit Unterstützung der BVV, vorstellig werden.</p>
Förderung von Ehrenamt			
<p>1. In welcher Form werden Sie dazu beitragen, dass Ehrenamtliche durch Hauptamtliche unterstützt werden? Werden Sie dies in einer Form bspw. durch Förderprogramme ermöglichen?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Der Einsatz von hauptamtlichen Kräften im Bezirk zur Unterstützung der Vereine wird durch die sehr gute Arbeit der Sportförderung geleistet. Diese wurde unter dem SPD-Sportstadtrat in den letzten Jahren nochmals gestärkt. Die Förderprogramme zur Unterstützung von Sportvereinen werden über Senatssportverwaltung, die jeweiligen Fachverbände und der LSB gestellt. Diese Programme in ihrer Vielfalt fortzuführen, fühlen wir uns verpflichtet und ist für eine Sportmetropole essentiell.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Es müssen attraktive Angebote geschaffen werden und das Ehrenamt muss gestärkt werden. In allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es ein Problem Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen. Es muss eine Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und Hauptamtliche Trainer*innen und Übungsleiter*innen geben. Wir setzen uns dafür ein das es ähnlich wie ein Freiwilliges soziales und ökologisches Jahr auch ein Angebot für den Sportbereich gibt.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen auf Bundesebene die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse angemessen erhöhen. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement gehören zu den Grundfesten unserer Gesellschaft. Von Sport und Kultur über Wohlfahrts- und Sozialarbeit bis hin zu Umweltschutz und Kommunalpolitik - tausende Menschen erfüllen in ihrer Freizeit elementare Funktionen in unserem Land. Sie wollen wir unterstützen.</p>

<p>2. Beteiligung aller in der Bevölkerung lebt auch von Diversität in der Ämterbesetzung in den Sportvereinen: Welche Förderinstrumente können Sie sich seitens der Politik vorstellen, um die Inklusion im Sport voranzutreiben?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Auf die Ämterbesetzung in Vereinen nimmt der Bezirk keinen Einfluss. Aspekte der Inklusion werden vom Bezirk insbesondere beim Bau und der Sanierung von Sportanlagen berücksichtigt. Hierfür sind die Anforderungen höher geworden und in den kommenden Jahren werden unsere Sportanlagen inklusiver gestaltet sein.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>In erster Linie sind die Sportvereine in der Verantwortung ihre Strukturen zu verändern und solche zu schaffen die Diversität möglich macht. Wir Gruene setzen sich schon seit Jahren dafür ein , dass alle Bewegungsformen und Sportangebote im Vereinssport, den Freizeitsportgruppen und im Individualsport inklusiv allen Menschen offenstehen - unabhängig von psychischen, physischen, kognitiven und/oder emotionalen Voraussetzungen und unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und sozialem, kulturellen oder finanziellen Hintergrund. Deshalb fördern wir seit Jahren den Frauen- und Mädchensport etwa durch ein eigenes Förderkonzept.,die Durchführung eines Frauensportfestes und einen Innovationspreis. Zusätzlich wollen wir für diese Gruppen das Sportangebot ausbauen. Zudem müssen Frauen in Führungspositionen in den Sportverbänden und Vereinen sowie als Trainer*innen und Übungsleiter*in gestärkt werden. Wenn notwendig dann mit einer Quote. Daneben wollen wir Fortbildungen und Seminare zur Sensibilisierung für Diskriminierungen und Empowerment. Um Barrieren für marginalisierte Gruppen abzubauen, fördern wir den diskriminierungsfreien Zugang zu allen sportlichen Angeboten und geschützte Räume für LSBTIQ Personen, Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen sowie für BIPOC. Für sie soll es Ansprechpersonen in den Sportvereinen geben. Um Diskriminierungen vorzubeugen und zu senblisieren wollen wir uns dafür einsetzen, das bei der Sportförderung des Bezirks eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet wird. Wir fördern die Vernetzung und die Zusammenarbeit der Akteur*innen in diesem Bereich und wollen eine landesweite Kampagne für mehr Diversität und Vielfalt im Sport stärken</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in einer lebendigen Bürgergesellschaft stärken. Durch ehrenamtlichen Einsatz leisten viele Bürgerinnen und Bürger einen elementaren Beitrag zu einer friedfertigen, lebendigen und wehrhaften Demokratie. Wo Vereine, Stiftungen und andere Organisationsformen Zuwendungsempfänger von staatlicher Struktur- und Projektförderung sind, muss der Staat sicherstellen, dass sie und ihre Projektpartner auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Im Bezirk haben wir wenig Kompetenz, Förderprogramme aufzustellen. Bitte wenden Sie sich mit dieser Frage für konkretere Antworten an die Bundes- und Landespartei.</p>
<p>3. Ehrenamtliche setzen viel Zeit ein um die Gesellschaft zu unterstützen und verzichten oft deshalb auf Einkünfte. Können Sie sich vorstellen, Ehrenamtler*innen bei der Rentenversicherung zu begünstigen, damit sich auch Menschen in weniger gut bezahlten Jobs weiterhin leisten können, sich ehrenamtlich zu engagieren?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Diese Fragestellung betrifft die Bundesebene. Das Ehrenamt basiert auf der Idee, dass sich Menschen freiwillig und unbezahlt für das Gemeinwohl engagieren. Dafür ist in vielen Fällen eine Aufwandsentschädigung möglich. Leistungsansprüche aus der Rentenversicherung setzen Beitragszahlungen voraus, die im Rahmen einer regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu entrichten sind. Wichtig ist uns als SPD, dass das Ehrenamt staatlich garantierte und finanzierte Leistungen ergänzt. Was nicht passieren darf, ist ein Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge und ein Abwälzen von öffentlichen Aufgaben auf das Ehrenamt</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Wir Gruene setzen uns dafür ein das alle Trainer*innen und Übungsleiter*innen fair bezahlt werden. Allen anderen Ehrenamtlich Tätigen muss eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden die es möglich macht sich abzusichern.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Das Ehrenamt verdient generell eine größere Aufmerksamkeit. Eine Anerkennung könnte über höhere Freibeträge bei der Steuererklärung und die Anhebung der Übungsleiterpauschale (s. o.) erfolgen. Mögliche vergünstigte Tarife beim ÖPNV wären zwischen den beiden beteiligten Bundesländern des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg auszuhandeln. Bei einem jährlichen Engagement von mehr als 200 Stunden pro Jahr wollen wir eine Ehrenamtskarte vergeben, außerdem wollen wir erneut die Möglichkeit einer Kooperation mit der BVG prüfen und das Angebot der Karte erweitern.</p>

<p>4. Könnten Sie sich vorstellen, Ehrenamtlichen Vergünstigungen durch eine Ehrenamtskarte in Aussicht stellen?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Diese Fragestellung betrifft die Landespolitik. Solche Karten und Vergünstigungen gibt es bereits für einige Träger bzw. Personen. In welchem Umfang und für welche Einrichtungen /Personen dies derzeit gilt, ist uns nicht bekannt.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Ja wenn es für alle Ehrenamtlich Aktive gilt.</p>	
<p>5. Werden Sie daran mitwirken, dass Ehrenamtlichen in Vorstandpositionen ein kostenloses VBB-Ticket zur Verfügung gestellt wird?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Die SPD tritt in Berlin dafür ein, den ÖPNV für alle Nutzer:innen durch die Einführung eines 365 EUR-Tickets günstiger und damit attraktiver zu machen. Zusätzlich soll die Absprache zwischen dem Berliner Senat, der BVG und dem VBB fortgesetzt werden, um jährlich 13.000 Einzelfahrtscheine für einkommenschwache Berliner:innen, zur Unterstützung ihres freiwilligen Engagements bereitzustellen.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Wir müssen dafür Sorge tragen das die gesellschaftlichen Gruppen gleich behandelt werden und deshalb sollten alle Ehrenamtlich Tätige ein Anrecht auf ein Sozialticket haben.</p>	
<p>6. Wie stehen Sie zur Entlastung ehrenamtlicher Trainer*innen und Vereinsvorstände bei der Parkraumbewirtschaftung?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Eine Ausnahmeregelung für z.B. ehrenamtliche Übungsleiter:innen hat der Bezirk mit der Landesebene ohne Erfolg diskutiert. Wünschenswert wäre aber, wenn der erhöhte finanzielle Aufwand im Rahmen der jeweiligen Aufwandsentschädigung ausgeglichen werden könnte. Dazu müssen viele Vereine aber über höhere Einnahmen verfügen. Wir nehmen diese Diskussion mit zu unseren Vertreter:innen auf der Landesebene.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Wir haben uns schon vor Jahren dafür eingesetzt, das es Vergünstigungen für Sportvereine gibt und diese Möglichkeit besteht schon. Es können ähnlich wie für Handwerker und anderen Dienstleistern Tickets erworben werden. Im Sinne von Sport und Klimaschutz und nachhaltiger Konzepte setzen wir uns auch bei Sportvereinen für eine Mobilitätswende ein und wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen das es ein Förderprogramm für die Nutzung von Lastenfahrrädern gibt.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Wir halten Ausnahmen bei der Parkraumbewirtschaftung für eher ungeeignet. Sie laufen dem Ziel - der effizienten Parkraumbewirtschaftung - entgegen. Parkraumbewirtschaftung erfüllt dann ihren Zweck, wenn sie für alle gilt. Untersuchungen zeigen zudem, dass sehr viele Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg sich überwiegend zu Fuß, mit dem Rad oder den öffentlichen Verkehrsmittel fortbewegen.</p>
<p>7. Sind Sie für eine Abschaffung der Kosten-Leistungsrechnung zwischen Schul- und Sportamt? Wie wollen Sie dieses Anliegen unterstützen?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Wir sind als SPD Friedrichshain-Kreuzberg generell der Überzeugung, dass im Land Berlin eine Steuerung von Ressourcen (Geldmitteln) auf der Grundlage der KLR durch ein besseres (gerechteres) Modell abgelöst werden muss. Die Entscheidung darüber wird auf der Landesbene getroffen</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Wir Gruene kritisieren schon seit Jahren die Praxis der Kosten und Leistungsrechnung und sind für eine Neuausrichtung. Eine explizite Trennung bzw. Abschaffung beim Schul- und Sportamt ist nicht möglich da die Ämter ihre eigenen Haushalte zur Verfügung haben und verwalten müssen. Dies kann nur durch das Land erfolgen.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Prinzipiell finden wir Anreizsysteme, die der Kostensenkung dienen, sinnvoll. Die Kosten- Leistungsrechnung hat sicherlich in einigen Bereichen Schwachstellen: Diese, würden wir aber eher nicht durch die Auflösung der KLR beheben, sondern durch Instrumente verbessern, die zum Beispiel einen stärkeren Aufwuchs in einzelnen Bereichen ermöglichen - wie etwa zusätzliche Investitionsmittel außerhalb der KLR. Hiermit wurden in anderen regulierten oder öffentlichen Bereichen sehr gute Erfahrungen gemacht. Dadurch kann die Politik Bereichen eine Stärkung ermöglichen, ohne gleichzeitig die sinnvolle Kostenkontrolle aus dem Blick zu verlieren.</p>
<p>8. Werden Sie die schnelle Realisierung der Sportstättenvergabe-Software/Online-Plattform fördern?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Selbstverständlich. Sobald das Programm funktioniert und bereitsteht, ist dieses in allen Bezirken im Einsatz. Dafür muss sich aber niemand mehr politisch einsetzen. Das ist die Zielstellung, die bereits seit Jahren verfolgt wird.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Ja</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Auf jeden Fall setzen wir uns für eine schnelle Umsetzung ein. Viel Potenzial wird verschenkt durch ineffiziente Vergabeprozesse.</p>

<p>9. Können Sie sich vorstellen, Fördertöpfe (Gesundheit, Bildung, Sport, etc.) zusammenzufassen?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Dazu muss man genauer schauen, worüber man redet. Über „Fördertöpfe“ entscheidet nicht der Bezirk. Eine Zusammenarbeit mehrerer Bereiche zu einer besseren Nutzung von Ressourcen ist sicher wichtig und richtig. Für viele Fördermittel/ -programme sind die Bezirke gar nicht antragsberechtigt, sondern entweder die Senatsverwaltung oder die Vereine selbst.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Nein</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Wir finden: Grundsätzlich gibt es in Deutschland zu viele zu eng gefasste Förderprogramme. Wir setzen uns dafür ein, dass Gelder eigenverantwortlicher eingesetzt werden können als das momentan der Fall ist.</p>
<p>10. Auf welche Art und Weise wollen Sie die Entbürokratisierung vorantreiben, um den Vereinsbetrieb zu erleichtern?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Auch diese Frage berührt nicht bzw. nur eingeschränkt das Handeln der Bezirke. Die pauschale Forderung nach Entbürokratisierung ist genauso populär, wie sie in der konkreten Umsetzung scheitert. Und dafür gibt es viele Gründe. Besser wäre es, zu erörtern, welche Datenerfassungen, Aufbewahrungs- und Berichtspflichten, Nachweise, etc. tatsächlich nicht mehr zeitgemäß sind. In einzelnen Fällen könnte ein solches Herangehen aus unserer Sicht erfolgversprechender sein.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Wir sind grundsätzlich immer für eine Entbürokratisierung von Anträgen und Formularen. Es muss in einer einfachen Sprache und mit weniger Nachweisen erfolgen. Das muss auf Landesebene geregelt werden.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Wir setzen auf die Karte Digitalisierung. Die Herausforderungen hier sind sehr vielschichtig. Mit einem Schulungs- und Trainingskonzept für die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen und Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements glauben wir, dass Engagierte und Verantwortliche im Ehrenamt darin unterstützt werden können, den Aufbau, Betrieb sowie die Pflege digitaler und technischer Infrastrukturen (selbständig) verantworten zu können. Zuverlässige, effiziente und digitale Infrastrukturen sowie umfassende digitalisierte Angebote waren bereits lange vor Corona und sind ganz besonders seit Corona essentiell für karitative und ehrenamtliche Organisationen. Daher wollen wir analog zur Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) eine vergleichbare Einrichtung zur Digitalisierung des Ehrenamtes auch auf Landesebene schaffen. Dies soll nun in Form einer „Servicestelle Digitalisierung“ für Berlin geschehen. Ähnlich wie die Bundesstiftung leistet sie Hilfestellung bei der Digitalisierung im karitativen und ehrenamtlichen dritten Sektor, aber anders als die Bundesstiftung nicht vor dem Hintergrund strukturschwacher ländlicher Regionen, sondern ausgehend vom vielfältigen und lebhaften Ehrenamt Berlins. Hier gilt es von politischer Seite nachzubessern, Akteure besser zu vernetzen, Anbieter und öffentliche Stellen besser mit ehrenamtlichen Einrichtungen und Freiwilligen zusammen zu bringen und vor allem die Finanzierung von digitalen Bildungsangeboten zu verstetigen. Dafür sollen neben Programmen, Aktionen und Maßnahmen zur Sichtbarmachung des ehrenamtlichen Engagements vor allem auch Vernetzungen und Synergien zwischen Akteuren und der Zivilgesellschaft geschaffen werden. Gerade dieser Rahmen sowie das politische Momentum, das aus Berlins Rolle als europäische Hauptstadt des freiwilligen Engagements resultiert, sollten nun gewinnbringend zur Entwicklung der Servicestelle genutzt werden.</p>

Stärkung der Bezirkssportbünde

	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
1. Sind sie bereit, in Absprache mit den anderen Parteien in der BVV, eine*n Vertreter*in des BSB FK als Bürgerdeputierte*n in den Sportausschuss zu berufen?	Bereits in der letzten Legislatur hat die SPD-Fraktion dem BSB angeboten, den der SPD zustehenden Posten der Bürgerdeputierte*n abzutreten. Unser Vorschlag, dass alle Parteien routierend und zeitlich befristet Ihren Deputierte*nposten an den BSB abzutreten, wurde von den anderen Parteien nicht angenommen. Für eine regelhafte Stimmberechtigung des BSB durch einen Bürgerdeputierte*n müsste das Bezirksverwaltungsgesetz geändert werden. Dies erachten wir als einen sehr schwierigen und langwierigen Weg und wir wünschen uns, dass es eine Absprache zwischen den Parteien zugunsten des BSB kommt. Gerne bringen wir unseren Vorschlag diesbezüglich wieder ein.	Im Sportausschuss nimmt jetzt schon eine Vertreter*in des BSB teil und deshalb ist es nicht notwendig eine zusätzliche Vertreter*in als Bürgerdeputierten zu berufen. Es steht natürlich jeder Partei frei eine Bürgerdeputierte aus dem BSB zu benennen.	Gerne sind wir hier zu Gesprächen bereit. Von der Expertise des BSB FK würde der Sportausschuss sehr profitieren.
2. Werden Sie sich auf Landesebene für die Aufstockung der zwanzig Stunden der hauptamtlichen Verwaltungskraft auf mehr Stunden oder mindestens zwei Personalstellen pro Bezirkssportbund einsetzen?	Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, die Bezirkssportbünde weiter personell zu stärken, damit ihre vielfältigen Aufgaben bewältigt werden können. Auf der Bezirksebene brauchen wir einen starken Bezirkssportbund um die anstehenden Projekte der kommenden Legislaturperiode gemeinsam erfolgreich zu bewältigen. Die Sanierung des Baerwaldbades, Sportflächen auf dem Regenrückhaltebecken, inklusive Sporthallen mit vielen Tribünenplätzen sind ohne Euch nur schwer durchsetzbar. Wahlprüfsteine - Landessportbund Berlin (lsb-berlin.net)	Ja	Die Absicht, durch die Einsetzung von hauptamtlichen Ansprechpartner:innen in gemeinnützigen Organisationen zur Professionalisierung des Ehrenamts als solches beizutragen, begrüßen wir. Allerdings glauben wir, dass die Schaffung weiterer hauptamtlicher Stellen hier nicht unbedingt zielführend ist. So hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass das Beauftragtenwesen bereits zu stark ausgeweitet ist. Hier gilt es, Bestehendes zu festigen, zu professionalisieren und zu digitalisieren, ohne zwangsläufig Personalstrukturen auszuweiten.
3. Wie wollen Sie in Zukunft die die frühzeitige Einbindung der Bezirkssportbünde in Prozesse auf Bezirksebene, z.B. Sportstättenbau, Sportstättenvergabe usw.garantieren?	Wir freuen uns, dass bald eine zentrale Steuerungssoftware die Sportplatzvergabe für alle Beteiligten erleichtern wird und wir setzen uns dafür ein, dass die SPAN nicht derart geändert wird, dass der Vereinssport mit dem Individualsport gleichgesetzt wird. Auch auf Bezirksebene werden wir uns gegen solche Vorstöße stellen. Dies wäre ein größtmöglicher Anschlag auf den organisierten Sport. Wir können uns gut vorstellen, dass die Expertise des BSB bei der Planung von Sportstätten noch stärker genutzt werden kann, indem über einen Antrag ein Anhörungsrecht bei strategischen, ämterübergreifenden Verwaltungssitzungen implementiert wird. Aber auch in den regelmäßigen Jour Fixe mit dem Stadtrat kann auf einzelnen Planungs- und Bauvorhaben gern Bezug genommen werden. Dann kann eine Beteiligung im gewünschten Umfang sichergestellt werden. Das reicht sicher von umfangreicher mehrstufiger Beteiligung bis hin zu informellen Abstimmungen bei kleinen Vorhaben.	Bei Baumaßnahmen gibt es schon jetzt die Möglichkeit das sich Bürger*innen an Planungsprozessen bei Bauvorhaben beteiligen.. Diese Möglichkeit gilt es zu stärken denn der Bau von Sportstätten muss die Interessen der Bürger*innen des Bezirks stärken. Bei der Sportstättenvergabe fordern wir Gruene schon seit Jahren ein transparentes vergebefahren und die Berücksichtigung freier Sportgruppen.	Transparenz ist ein wichtiges Gut. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass von Änderungen und Entwicklungen betroffene Bürger*innen und Organisationen transparent informiert und beteiligt werden.

Umweltschutz

		Bündnis 90/Die Grünen		FDP	
SPD					
1. Durch welche Maßnahmen werden Sie Sportvereine darin unterstützen, nachhaltig zu agieren?	Hier setzen wir auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und Sportbünden. Bereits jetzt gibt es vielfältige Initiativen und Einzelprojekte. Der DOSB hat eine umfangreiche Aufstellung über klimaschonende Maßnahmen in Bezug auf Sportstätten, Energiemanagement, Einkauf, Mobilität etc. veröffentlicht.	Beide Fragen werden zusammen beantwortet. Es müssen ein Förderprogramm des Landessportbund in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen erarbeitet werden um ein Konzept für eine umweltfreundliche, ökologischen Entwicklung zu erarbeiten. Im Bereich des Umwelt - und Klimaschutz müssen zwei Bereiche genant werden. Das ist zum einen die Sportförderung und die der Sportvereine. Die Sportförderung kann beim Bau und der Sanierung von Sportstätten darauf hinwirken das es moderne Wasseraufbereitungsanlagen gibt, die Verwendung von Ökostrom, klimaneutrale Sportstätten und mikroplastikfreie Kunststoffrasenbeläge. Die Sportvereine könne bei allen Vereinsveranstaltungen und Sportveranstaltungen darauf hinwirken das die Abfallmengen reduziert werden. Das kann erreicht werden durch die Vermeidung von Plastik- und Pappgeschirr und die Verwendung von Mehrweggeschirr. Dazu gehören auch mobilitätskonzepte die den ÖPNV und das Fahrrad bevorzugen.		Der Sanierungsstau bestehender Sportanlagen ist immens. Neben dem Neubau von Anlagen ist eine umfassende Bestandsaufnahme sowie ein sich daran anschließendes Sanierungsprogramm wichtig. Auf diese Weise beugen wir Unfällen vor und erweitern kostengünstiger durch die Reaktivierung geschlossener Anlagen die Flächenkapazitäten. Innerhalb der nächsten 20 Jahre müssen bei allen Sanierungen von Kunstrasenplätzen CO2-neutrale Modelle umgesetzt werden, welche herkömmlichen Angeboten in Bezug auf Lebensdauer und Kosten nicht nachstehen. Dass dies möglich ist, zeigt der erste CO2- neutrale Kunstrasenplatz in Berlin. Die Produktion erfolgt dabei ausschließlich durch erneuerbare Energien, verwendete Materialien sind abbaubar und Filteranlagen fangen Gummiabrieb auf, wodurch die Umwelt geschont wird.	
SPD				FDP	
2. Würden Sie sich für den Einsatz neuer Förderprogramme engagieren, damit Sportvereine an dieser Stelle ihre gesellschaftliche Kraft entwickeln können? (Bspw. Förderprogramme für Sport und Umweltprojekte)	Der Sport kann den klimagerechten Umbau finanziell nicht alleine stemmen und da ist die Politik auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene gefordert. Hier ist eine bessere Verzahnung zwischen Verwaltung und z.B. Bezirkssportbund wünschenswert, um in einer doch breit aufgestellten Förderlandschaft die passenden Programme zu identifizieren, zu beantragen und umzusetzen. Neben der Verwaltungsexpertise messen wir aber den Beratungsleistungen des LSB und den Fachverbänden eine noch höhere Bedeutung zu. Auf jeden Fall könnte ein SPD-Stadtrat Unterstützung ihre Unterstützung in Form eines LOI leisten, der den Antragsunterlagen beigelegt wird. Ebenso können wir politisch als SPD Unterstützung für Anträge oder Informationen zur Verbesserung von Anträgen von der Landes- und Bundesebene einholen.			Viel hilft nicht zwangsläufig viel. Eine generelle Zusage zu neuen Förderprogrammen sehen wir kritisch. Vielmehr müssen Förderprogramme auf den Prüfstand gestellt werden, sinnvolle gestärkt und wenig hilfreiche abgeschafft werden.	

Teilhabe (Anti-Diskriminierung und Anti-Rassismus)

	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>1. Mit welchen konkreten Instrumenten bzw. Maßnahmen wollen und werden Sie die Geschlechtergerechtigkeit im Sport fördern?</p>	<p>Das tun wir bereits auf vielfältige Weise seit vielen Jahren. Nicht zufällig war die erste neu geschaffene Stelle im Schul- und Sportamt diejenige, welche u.a. eine dauerhafte Geschäftsstelle für das Thema Gender Mainstreaming im Sport etabliert hat. Ausgehend von den Vorschlägen des bezirklichen AK, der Vereine, durch wissenschaftliche Expertise und eigene Vorschläge wird das Thema weiter vorangetrieben. Wichtig ist hierbei eine enge Mitwirkung der Vereine. Wichtig ist zu wissen, was diese wirklich im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit im Sport brauchen. Der von uns unterstützte Weg kann aber nicht ohne die Vereine erfolgen. Die neuen Sporthallen im Rahmen der Schulbauoffensive tragen sicher dazu bei, den Zugang zu Angeboten und Hallenzeiten noch gerechter zu machen.</p>	<p>Wir fördern schon seit Jahren den Frauen- und Mädchensport durch verschiedene Maßnahmen. So haben wir einen unabhängigen Arbeitskreis Frauen- und Mädchensport der sich regelmäßig trifft. Konkrete Maßnahmen sind die geschlechtergerechte Vergabe der Sportstätten an Frauen - und Mädchenteams, die Durchführung eines Frauensportfestes, die Stärkung der Trainer*innen und Übungsleiter*in Ausbildung. Allerdings sind auch die Sportvereine und Sportverbände in der Verantwortung eine paritätische oder quotierte Besetzung bei den Vereinsvorständen zu ermöglichen. Wir haben uns dafür eingesetzt das die Schulsportplätze auch für den Frauen- und Mädchensport geöffnet werden.</p>	<p>Frage 1 wird gemeinsam mit Frage 2 dort beantwortet.: Wir sind der Überzeugung, dass jeder Mensch in Berlin sich auf einfache Weise über die Arbeitsweise der Berliner Politik und Berliner Verwaltung sowie die Möglichkeiten des Engagements informieren können muss - auch in den digitalen und informationstechnischen Handlungsfeldern. Mit diesem klaren Bekenntnis zur Informationsfreiheit und Open Data wird zivilgesellschaftlicher Partizipation und der Teilhabe an digitalpolitischen Aktivitäten der Weg bereitet. Ausdruck dieser Informationsfreiheit ist ein Transparenzgesetz, dass die gesetzliche Grundlage für die ungefragte Bereitstellung von (digitalen) Informationen bildet. Aus unserer Sicht ist das ein starker Hebel, um Expertise und Gestaltungswillen der Zivilgesellschaft in die Willensbildung integrieren zu können.</p>
<p>2. Mit welchen konkreten Instrumenten bzw. Maßnahmen wollen und werden Sie unterrepräsentierte Menschen im Sport fördern?</p>	<p>Beispielhaft kann der Behindertensport herangezogen werden, um zu verdeutlichen, dass nicht eine Maßnahme oder ein Instrument zum Ziel führt. Dieser Personenkreis hat ganz besondere Anforderungen an die Sportstätten. Barrierefrei, behindertengerechte Umkleiden, Zugänge, Lagerflächen für Ihr Sportgerät und Ausrüstung etc. Hier müssen wir es schaffen, das abseits der starren Finanzierungssystematik zu bauende Sporthallen vorab auf alle Bedarfe dieser Zielgruppe durchdekliniert werden. Dafür werden wir uns gerne einsetzen, dass als Leuchtturm, an einem Standort dies ermöglicht wird. Aber auch die Akzeptanz in Öffentlichkeit und in den Sportvereinen ist uns wichtig. Die gerade zu Ende gegangenen Paralympics zeigen alle vier Jahre ein deutlich gewachsenes mediales Interesse. Dieses Interesse hoch zu halten können wir auch dadurch fördern, dass z.B. bei uns im Bezirk einige Wettkampfstätten für die Special Olympics World Games 2023 genutzt werden. Fasst man die Unterrepräsentanz weit, so gibt es auf Landesebene einen von der SPD initiierten Haushaltstitel, der gezielt die Teilhabe von bislang im Sport unterrepräsentierten Gruppen verbessern soll. Diese Förderung zu erhalten und zu stärken bleibt eine Aufgabe für uns.</p>	<p>Diese Frage wurde an anderer Stelle schon beantwortet. An dieser Stelle wollen wir nur darauf hinweisen, dass wir uns dafür einsetzen das alle Sportstätten im Bezirk nach den Kriterien des Netzwerks Inklusion barrierefrei zugänglich gemacht werden. Wir wollen das beim Neubau und Sanierung von Sportstätten diese Kriterien angewendet werden. Die Sportvereine müssen gezielt Angebote für Menschen mit Behinderungen öffnen so daß gemeinsamer Sport möglich ist. Dazu könnte eine Zusammenarbeit mit den Behinderteneinrichtungen und den Förderschulen bzw. inklusiven Schulen und Kitas. des Bezirks angestrebt werden. Das Ziel muss sein gemeinsames Sporttreiben Menschen mit Behinderungen und ohne jeden Alters.C118:C121</p>	

<p>3. Wie können die Themen Inklusion, Anti-Rassismus und Bildungsarbeit von der Politik nachhaltig für die Vereinsarbeit unterstützt werden? Welche Fördermittel bzw. mögliche -instrumente werden Sie zur Verfügung stellen?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Beispielhaft kann der Behindertensport herangezogen werden, um zu verdeutlichen, dass nicht eine Maßnahme oder ein Instrument zum Ziel führt. Dieser Personenkreis hat ganz besondere Anforderungen an die Sportstätten. Barrierefrei, behindertengerechte Umkleiden, Zugänge, Lagerflächen für Ihr Sportgerät und Ausrüstung etc. Hier müssen wir es schaffen, das abseits der starren Finanzierungssystematik zu bauende Sporthallen vorab auf alle Bedarfe dieser Zielgruppe durchdekliniert werden. Dafür werden wir uns gerne einsetzen, dass als Leuchtturm, an einem Standort dies ermöglicht wird.</p> <p>Aber auch die Akzeptanz in Öffentlichkeit und in den Sportvereinen ist uns wichtig. Die gerade zu Ende gegangenen Paralympics zeigen alle vier Jahre ein deutlich gewachsenes mediales Interesse. Dieses Interesse hoch zu halten können wir auch dadurch fördern, dass z.B. bei uns im Bezirk einige Wettkampfstätten für die Special Olympics World Games 2023 genutzt werden.</p> <p>Fasst man die Unterrepräsentanz weit, so gibt es auf Landesebene einen von der SPD initiierten Haushaltstitel, der gezielt die Teilhabe von bislang im Sport unterrepräsentierten Gruppen verbessern soll. Diese Förderung zu erhalten und zu stärken bleibt eine Aufgabe für uns.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Wir wollen uns dafür einsetzen das an geeigneter Stelle eine Beauftragte für Antidiskriminierung, Anti - Rassismus und Inklusion eingerichtet wird. Diese Stelle soll aus Landesmitteln finanziert werden. Zusätzlich wollen wir eine landesweite Kampagne für mehr Diversität und Vielfalt durchführen.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Aufgabe von Politik im Ehrenamtsbereich ist es vor allem, zur Wertschätzung, Sichtbarmachung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements beizutragen. Insoweit wird die FDP Berlin unverändert dem Landesnetzwerk Bürgerengagement, einem zentralen Akteur im zivilgesellschaftlichen Engagement, ein besonderes Augenmerk schenken. Als eine Partei, die Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstorganisation als unverzichtbare Säule ihre Wertekanons begreift, vertrauen wir zunächst auf die intrinsisch motivierte Gestaltungskraft des Netzwerks und geben keine expliziten Schritte vor.</p>
<p>4. Wie kann/soll laut Ihrer Partei mehr Diversität auf die Führungsebene im Sport erreicht werden?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Wir- Politik und Vereine - müssen das Thema weiter gemeinsam vorantreiben. Es braucht auch den Druck von unten, damit sich oben etwas ändert. In unserem Bezirk gibt es gute Beispiele, an denen sich andere orientieren können. Die kürzliche erfolgte weibliche Kandidatur für einen großen Landessportverbund ist für uns ein ermutigendes Zeichen und zeigt gleichzeitig, dass wir auf dem richtigen Weg sind.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Durch Förderprogramme und Schulungen in diesem Bereich.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Das ist eine Frage der Bundespolitik. Bitte wenden Sie sich mit dieser Frage an die Bundespartei.</p>
<p>5. Wie planen Sie, Menschen den Zugang zum Sport und zu Sportvereinen nach der Coronakrise zu erleichtern?</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p> <p>Da die Corona-Krise bisher noch nicht überwunden ist, sehen wir die vorrangige Aufgabe darin, die Sportvereine durch finanzielle Entlastungen zu unterstützen und es bleibt abzuwarten, inwieweit Vereine über die Krise hinaus, finanzielle Unterstützung benötigen.</p> <p>Das Hauptaugenmerk bei den Zielgruppen sehen wir jedoch bei den Kindern und Jugendlichen, die durch die lange Abstinenz vom Sport bei gleichzeitigem schulischem Nachholbedarf, besonders angesprochen werden müssen. Gerne unterstützen wir Vereine, diese Menschen und weitere Zielgruppen besser zu erreichen. So könnten Schulen ihre Mittel im Kontext des so genannten Nachholprogramms auch für Kooperationen mit Sportvereinen einsetzen.</p>	<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen das es Vergünstigungen für alle gibt.</p> <p>Durch gezielte Förderungen und Angeboten von Sportvereinen wie z.B. dem Berlin Pass. Insbesondere Schwimmförderprogramme für Grundschulkindern wollen wir stärken.</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p> <p>Eine Möglichkeit ist, den Status der Gemeinnützigkeit für Sportvereine zu vereinfachen.</p> <p>Außerdem helfen auch die oben skizzierten Stärkungen des Ehrenamts in Vereinen.</p>

Kooperationen mit Schulen			
	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
1. Wie will Ihre Partei Kooperationen von Sport in Kitas und Schulen fördern?	Wir können auf kommunaler Ebene Kontakte anbahnen, Vernetzungsarbeit unterstützen, Informationen verbreiten. Schön wäre es, wenn sich möglichst viele Schulen entscheiden, einen Teil der ihnen zur Selbstbewirtschaftung zur Verfügung stehenden Mittel für die Ausgestaltung der Kooperationsbeziehungen mit Sportvereinen einzusetzen. (siehe auch Frage 4, finanzielle Grundlagen für den Sport)	Bei uns im Bezirk gibt es schon zahlreiche Kooperationen zwischen Schule und Sportverein und Kitas. Dies wollen wir weiter ausbauen	Bewegung in Kita und Schule ist ein elementarer Bestandteil für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Ausreichend Bewegung beugt schweren Erkrankungen vor, macht Spaß und tut gut. Gerade im außerschulischen Bereich ist hier noch Luft nach oben. Aber auch in Ganztagschulen muss diesem Bereich eine größere Bedeutung eingeräumt werden, wenn die Schulkinder dort von morgens bis abends am Ort sind. Die Ausweitung des Sportunterrichts würde zulasten anderer Fächer gehen. Sinnvoller wären verstärkte Angebote nach dem regulären Unterricht, etwa im Rahmen von Sport-Arbeitsgemeinschaften an Schulen - gern in Zusammenarbeit mit benachbarten Sportvereinen.
2. Wie werden Sie in Zukunft ermöglichen, dass auf der Angebotebene in Schulsport AGs bei der Nutzung von Schulturnhallen mehr auf Augenhöhe gearbeitet werden kann?	Das ist abhängig von den gesetzlichen und untergesetzlichen Rechtsgrundlagen bei der Vergabe, die in Berlin gelten. Wenn es Zeitfenster gibt, die die Schule im Rahmen der schulischen Nutzung zur Verfügung stellt, ist das unproblematisch.	In unserem Bezirk haben wir zahlreiche Sport AG'S die es gilt auszubauen. Allerdings handelt es sich bei diesem Angebot um ein schulinternes Angebot auf die der Bezirk keinen Einfluss hat. Wir können immer nur bei Gesprächen mit Schulleitungen darauf hinwirken das es solche Angebote gibt. Da wir für eine Öffnung der Schulen in den Kiez für Initiativen, Bürger*innen, Kultur und natürlich auch für den Sport sind werden wir alles tun was uns möglich ist. Ein besonderes Anliegen ist uns das Schulschwimmen und die Schwimmfähigkeit aller Kinder im Kita Alter und Grundschulalter. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen das es im Bezirk ausreichend Möglichkeiten für Schwimmmöglichkeiten gibt.	(nicht angegeben)
Digitalisierung im Sport			
	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
1. Unterstützt Ihre Partei den Start eines Förderprogrammes für die Digitalisierung im Sport im Bereich des Vereinsmanagements?	Digitalisierung ist auch für Sportvereine eine Zukunftsaufgabe, die weit über die bloße Verwaltung von Mitgliedschaften hinausgeht. Dies umfasst Kommunikations- und Informationswege, Mitgliederportale sowie Zugangs- und Schließsysteme. Die Pandemiezeit hat zudem gezeigt, dass auch digitale Trainingseinheiten auf steigende Nachfrage stoßen - bei vielen sicherlich auch nach der Pandemie. Einem entsprechenden Förderprogramm stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Auch wird die Sportstättenvergabe an Vereine und Sporttreibende demnächst durch digitale Verfahren bei Antragstellung und Genehmigung vereinfacht und für Nutzer:innen transparenter gestaltet. Damit wollen wir nicht nur den Service verbessern, sondern auch die Auslastung der bestehenden Sportanlagen über die online Sichtbarkeit erhöhen.	Ja, denn das Thema Digitalisierung ist ein zentrales Thema in unserer heutigen Zeit. Dafür muss es ein landesweites Förderprogramm geben.	Die Digitalisierung der Abläufe in den Sportvereinen und -verbänden sehen wir als eine zentrale Aufgabe des LSB an. Im Rahmen der Coronapandemie nicht verausgabte Gelder der Sportverwaltung könnten hierfür zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

Finanzielle Grundlagen für den Sport sichern

	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
1. Wie stehen Sie dazu, die Förderprogramme und die Aufwandsentschädigungen im Rahmen der Schlüsselverträge für den Sport jährlich auf der Grundlage der Inflationsrate, der Tarifierhöhungen und der Erhöhung des Berliner Mindestlohns linear anzuheben?	Wir werden uns auf Bezirksebene, wie auch in der Vergangenheit, für eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die Schlüsselverträge einsetzen. Eine grundsätzliche, statische Erhöhung müsste mit einem Mehrbedarf und dem Nachweis der versicherungspflichtigen Stellen einhergehen.	In den letzten beiden Haushaltsjahren wurden die Beiträge an die Sportvereine mit Schlüsselverträgen erhöht. Dabei war uns besonders wichtig, dass den Sportvereinen mit Schlüsselverträgen eine höhere finanzielle Zuwendung bekommen die Frauen- und Mädchenteams haben. So wollen wir auch einen Anreiz für Sportvereine mit Schlüsselverträgen schaffen, mehr den Frauen- und Mädchensport zu fördern.	Wir bitten Sie, diese Frage an die Landesgliederung der FDP zu schicken, da wir sie aus unserer bezirklichen Perspektive nicht beantworten können.
2. Unterstützt Ihre Partei, dass die jährlichen Einnahmen aus der Sportwettsteuer dem Sport zugute kommen?	Diese Antwort kann zur Zeit nicht seriös beantwortet werden, da der Glücksspielstaatsvertrag erst dieses Jahr, unter Einbezug der Onlineanbieter für Sportwetten, neu gefasst wurde und die tatsächliche Partizipation des Berliner Haushaltes an den Einnahmen noch nicht feststehen. Grundsätzlich sollte der Sport finanziell so ausgestattet sein, dass die Frage einer bestimmten Steuerquelle nachrangig ist. Vielmehr liegt darin auch eine Gefahr, den Sport nur noch aus bestimmten Steueraufkommensarten finanzieren zu wollen und eine nicht erwünschte Absenkung eintritt.	Darüber muss nachgedacht werden.	Das ist eine Frage der Bundespolitik. Bitte wenden Sie sich mit dieser Frage an die Bundespartei.
3. Werden Sie Maßnahmen, wie das Teilhabeprogramm, weiterhin mit finanziellen Mitteln ausstatten?	Das Teilhabeprogramm ist eine absolut sinnvolle Maßnahme, um die Vielfalt und Diversität im Sport weiter zu fördern. Nicht nur wird Menschen die Aufnahme von Sport erleichtert, sondern auch den Vereinen wird Öffnung zu mehr Vielfalt ermöglicht.	Ja, denn das Teilhabeprogramm ist ein sehr gutes und niedrigschwelliges Angebot für Sportvereine.	Ja. Für weitere Details wenden Sie sich bitte mit dieser Frage an die Bundespartei.

	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>4. Wird Ihre Partei die Fördervereinbarung des Landes Berlin mit dem Landessportbund verlängern?</p>	<p>Der Berliner SPD ist es gelungen, die Finanzierung des organisierten Sports durch eine Fördervereinbarung mit dem Landessportbund sicherzustellen. Wir stehen weiterhin zu dieser gemeinsamen Errungenschaft und werben für die Fortführung der Vereinbarung in unserem Landeswahlprogramm. Für uns ist nach wie vor klar, dass der organisierte Sport nicht vom Einkommen aus den Lottomitteln abhängen darf.</p> <p>Die letzten Jahre haben auch gezeigt, wie anspruchsvoll die gesellschaftlichen Anforderungen an den organisierten Sport sind. Um den Einsatz und die angemessene Bezahlung professioneller Trainer:innen zu ermöglichen, wurden auf Initiative der SPD viele Förderprogramme wie z.B. „Profivereine machen Kita / Schule“, „Schwimmbar“ oder das Bonusprogramm für Schulen ausgebaut. Deshalb war und ist es für uns selbstverständlich, die Sportfinanzierung an die wachsenden Bedürfnisse anzupassen, auch über den Ausgleich der Inflation und die Vereinbarungen in der Finanzierungsvereinbarung hinaus. Für die Berliner SPD bleibt klar, dass die Gesamtausgaben für den organisierten Sport, für eine Vielzahl von Förderprogrammen der Jugendförderung und des Spitzensports, für Investitionen in die Infrastruktur und die Ausgaben für die Akquise von Großveranstaltungen, die Einnahmen aus Lotto-Zweckerträgen und Sportwettsteuern stets deutlich übersteigen werden und im Haushalt abgesichert werden müssen.</p> <p>Auch in der Pandemiezeit unterstützt die Berliner SPD, die Sportmetropole Berlin weiterhin. So konnte die SPD-geführte Senatsverwaltung für Inneres und Sport die Proficlubs und Traditionsveranstaltungen im vergangenen Jahr mit über 2,1 Mio. Euro dabei unterstützen, krisenbedingte Ausfälle im Sponsoringbereich aufzufangen. Mit dem neuen Hilfsprogramm „Offensive Sportmetropole“ stehen in der Saison 2021/2022 hierfür weitere 3 Mio. Euro zur Verfügung. Neben Marketingpartnerschaften sind auch Zuwendungen und die Überlassung von Sportstätten Teil des Programms. Auch die Sportvereine und -verbände des Breitensports wurden im vergangenen Jahr vom Senat finanziell unterstützt. Dafür standen 6 Mio. Euro bereit, die über den Landessportbund ausgereicht wurden. Dieses Programm wird 2021/2022 ebenfalls fortgesetzt.</p>	<p>Wir werden uns beim Land Berlin dafür einsetzen.</p>	<p>Die Verlängerung der Fördervereinbarung mit dem Landessportbund zu den genannten Konditionen unterstützen wir.</p>

Und sonst...

	Und sonst...		
	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>Welche Impulse für den organisierten Sport sehen Sie außerhalb unseres Fragenkataloges, den Sie gerne vorantreiben wollen? Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und gesellschaftlichen Engagements verbessern und die Zukunft des Sportes mitgestalten?</p>	<p>(nicht angegeben)</p>	<p>Der Sport muss in seiner Vielfalt gestärkt werden. Dazu müssen Sport- und Bewegungsflächen für alle Bürger*innen geschaffen werden. Insbesondere das Schwimmen muss eine tragfähige Zukunft haben. Wir wollen eine Neuordnung der Berliner Bäderbetriebe. Wir werden uns dafür einsetzen das mehr Menschen mit Behinderungen bei uns im Bezirk die Möglichkeit haben mit nichtbehinderten Menschen Sport zu treiben. Außerdem wollen wir das LSBTIQ Personen ohne Diskriminierungen Sport treiben können.</p>	<p>(nicht angegeben)</p>